

Podiumsveranstaltung

Brasilien: Kampf um den amazonischen Regenwald

Können Zivilgesellschaft und Rechtsstaat Bolsonaros Politik noch verhindern?

mit:

Eliane Moreira (Ministerio Público des Bundesstaates Pará)

Adriana Ramos (Instituto Socioambiental - ISA)

Moderation: **Thomas Fatheuer** (Vorstand des Brasilien Netzwerkes Kobra und Mitarbeiter des FDCL)

Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Zeit: Mi., 12.06.2019, 19:00 – 21:30 Uhr

Veranstaltet von:

Heinrich-Böll-Stiftung, FDCL

Weitere Informationen zu unseren beiden Gästen aus Brasilien:

Adriana Ramos ist Koordinatorin des Policy and Law Program bei der brasilianischen NRO Instituto Socioambiental (ISA). Sie betreibt Advocacy-Arbeit für die Verbesserung der sozialen und (umwelt)politischen Rahmenbedingungen für die Rechte der indigenen Völker wie den Schutz Amazoniens und anderer Ökosysteme in Brasilien. Des weiteren ist sie eine der NRO-VertreterInnen im 2008 von der brasilianischen Regierung gegründeten Amazonienfonds für Wald- und Klimaschutz. Er gilt – wenn auch immer wieder von zivilgesellschaftlicher Seite kritisiert - als weltweit erfolgreichster, ergebnisbasierter nationaler Finanzierungsmechanismus für die Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung (REDD+). Von internationalen Gebern hat der Amazonienfonds bereits 1,2 Milliarden US-Dollar für nachweislich geringere Entwaldung erhalten. Von deutscher Seite überwies die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bisher 55 Millionen Euro. Mittlerweile ist jedoch das Fortbestehen des Amazonasfonds durch die aktuellen politischen Entwicklungen in Brasilien gefährdet.

Eliane Moreira ist Rechtsberaterin beim Ministério Público im Bundesstaat Pará. Das Ministerio Público ist eine Art Staatsanwaltschaft, die Rechte verteidigen und die Einhaltung der demokratischen Ordnung garantieren soll. In Amazonien hat das Ministerio Público eine wichtige Funktion im Widerstand gegen Großprojekte, wie den Staudamm Belo Monte, gespielt. Eliane Moreira arbeitet insbesondere zur „legalen“ Aufweichung der Schutzbestimmungen für Amazonien, worüber Agrar- und Bergbauunternehmen leichter an wirtschaftlich besonders interessante Gebiete gelangen, um diese ausbeuten zu können. Diese „Legalisierung von Landnahmen“ wird in Brasilien als „grilagem“ bezeichnet.